

JU

JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN

**STRASSE. SCHIENE.
KINDERWAGEN.**

NRW zurück in die Spur bringen



*am 10. und 11. September 2016
in Hückelhoven #nrwtag52*



Sonstige Beschlüsse

zum 52. JU NRW-Tag

am 10. und 11. September 2016 in Hückelhoven

Beschluss:

Gute Räume für gute Bildung – Schulbau stärken – Bildungspauschale erhöhen!

Seit 2008 liegt die jährliche Schulbaupauschale bei rund 600 Millionen Euro. 2016 wurde dieser Betrag nun um 50 Millionen auf 550 Millionen gekürzt. Damit kann die Instandhaltung kaum gewährleistet werden – an neue Investitionen ist unter diesen Umständen nicht zu denken, wodurch sich der Investitionsstau weiter verschärft! Die finanziellen Mittel werden für Neu-, Aus- und Umbauten, den Erwerb, die Modernisierung, Instandsetzung sowie Mieten und Leasingraten für sämtliche Schulen und kommunale Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen vorgesehen. Der Betrag ist seit 2009 nicht mehr angehoben oder den veränderten Anforderungen, die inzwischen an Schulen gestellt werden, angepasst worden. Schulen bzw. Kommunen sehen sich mit großen Herausforderungen, wie etwa der Anschaffung neuer Unterrichtsmaterialien, die dem technischen Fortschritt entsprechen müssen, der Erfüllung hoher ökologischer Standards oder der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen konfrontiert. Der Sanierungsstau in rund 4800 Schulen in Nordrhein-Westfalen beträgt dabei derzeit 2,4 Milliarden Euro. 85 % der Schulen melden laut einer repräsentativen Umfrage des Westdeutschen Rundfunks aktuellen Sanierungsbedarf.

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen fordert daher, die Bildungspauschale den neuen Bedürfnissen anzupassen!

Innerhalb der nächsten zehn Jahre sind hierfür jährlich 240 Millionen Euro zusätzlich notwendig. Die Junge Union NRW fordert ein Modell der Kostenverteilung bei dem eine Beteiligung der Kommunen an einem Viertel der Kosten, also 60 Millionen Euro jährlich, während die restlichen drei Viertel (180 Millionen Euro) vom Landeshaushalt getragen werden. Die Höhe der Beteiligung einzelner Kommunen muss an deren Liquiditätsverhältnisse angepasst werden. Unter Berücksichtigung bereits existierender Fördermittel muss dafür die Bildungspauschale deutlich angehoben werden. Gleichzeitig muss geprüft werden, ob es Schulformen gibt, die aufgrund ihrer überregionalen Tätigkeit in eine andere Trägerform übergehen sollten, um einzelne Kommunen zu entlasten und im Zuge der interkommunalen Zusammenarbeit Abläufe optimieren und besser verzahnen zu können.

Investition in Schulen sind Investitionen in unsere Zukunft und dürfen nicht die kommenden Generationen zusätzlich belasten. Dies passiert, wenn sie die Verschuldung weiter erhöhen. Daher müssen die konsumtiven Kosten deutlich reduziert und eingesparte Mittel in den investiven Schulaus-, Um- und Neubau umgeschichtet werden.

Beschluss:

Verbot der Vollverschleierung in Deutschland

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen setzt sich mit ihren Vertretern im CDU Landesvorstand, im JU-Bundesvorstand sowie im CDU-Bundesvorstand dafür ein, dass eine Vollverschleierung von Frauen im öffentlichen Raum in Deutschland verboten wird. Insbesondere Amtsträger dürfen keine Vollverschleierung während der Ausübung ihres Dienstes tragen.

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen fordert die Landesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, entsprechende Gesetzesinitiativen zu unterstützen bzw. zu beginnen.

Beschluss:

Eidesformel in der Landesverfassung nicht ändern – Landesregierung weiterhin dem „Wohle des deutschen Volkes“ verpflichten

Die Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen werden aufgefordert, die geplante Änderung der Eidesformel in Artikel 53 der Landesverfassung sowie die Folgeänderung in Artikel 30 abzulehnen.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung soll auch künftig auf das „Wohl des deutschen Volkes“ vereidigt werden.

Beschluss:

Sicherheitspolitischer Antrag

Die Junge Union fühlt sich verpflichtet, die Sicherheitspolitik, insbesondere die derzeitigen Rahmenbedingungen der polizeilichen Gefahrenabwehr in NRW, zum Gegenstand eines Antrags an die Landesregierung zu machen. In besonderem Maße findet dieser Antrag sein Fundament in einigen Vorfällen der vergangenen Wochen und Monaten, die nicht nur verheerende Defizite im sicherheitspolitischen Bereich zu Tage brachten. Sondern es wurde zudem deutlich, dass sich die Sparpolitik der letzten Jahre rächt.

Die Junge Union richtet ihr Anliegen dabei an die Landesregierung, da gemäß §1 (Fn5) POG NRW die Trägerschaft der Polizei beim Land NRW liegt und somit eine leistungsfähige Gefahrenabwehr in deren Aufgabenbereich fällt. Auch geht dies aus dem, aus dem Rechtsstaatsprinzip abgeleiteten, Auftrag zur Sicherstellung der inneren Sicherheit hervor.

Allerdings hat sich in der Vergangenheit vermehrt herauskristallisiert, dass diese gesetzlichen Aufgaben nicht als ausreichend erfüllt anzusehen sind. Defizite liegen dabei vor allem in der aktuellen Konzeption sowie der technischen Ausstattung der Polizei.

Als besonderen Einschnitt in die Leistungsfähigkeit dieses Bereichs der Exekutive muss hier insbesondere die 2001 durchgeführte Aussetzung des mittleren Dienstes, dessen Ausbildung gegenüber der des gehobenen beziehungsweise höheren Dienst kürzer ist, betrachtet werden. Mit dieser Maßnahme wurden die Zugangsvoraussetzungen für Bewerber erheblich erschwert. Resultierend ist eine hohe Zahl an grundsätzlich für den Polizeiberuf geeigneten Bewerbern durch die Einstellungs Voraussetzung der allgemeinen oder Fachhochschulreife an einer potenziellen Einstellung gehindert. Dies erscheint zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr bedarfsgerecht. Hinzukommend sind die vorgenommenen Einstellungen im gehobenen sowie höheren Dienst nicht in der Lage, die Zahl der Pensionierungen der nächsten Jahre auszugleichen. Durch die Wiedereinführung des mittleren Dienstes in Kombination eines so strukturiert und sinnvoll möglichen Stellenausbaus, könnte der zurzeit gerade im operativen Bereich bestehende Personalmangel schnellstmöglich verringert werden. Mithin erscheint diese Maßnahme zur Verbesserung der Sicherheitslage geeignet und erforderlich.

Des Weiteren ist es ein Anliegen der Jungen Union, dass die Ausstattung der Polizei eine stetige Verbesserung mit dem ständigen Ziel des erreichbaren Optimums erfährt. Hervorzuheben ist,

dass dies auch dem Schutz der Beamten gilt. Daher sollte die Haushaltsplanung von einer dahingehend sinnvollen und zu dem Status quo sinnvolleren Prioritätensetzung geprägt sein, um die notwendigen Gelder zu generieren. Dadurch wäre es beispielsweise möglich, Schutzausrüstung und Weiterbildungen zu finanzieren oder unter Beachtung der grundrechtlichen Rahmenbedingungen den Ansatz der Verwendung von sog. „Bodycams“ konstruktiv zu verfolgen.

Die Junge Union fordert somit:

- 1) Die Wiedereinführung des mittleren Dienstes bei der Polizei in NRW.
- 2) Einen Stellenausbau bei der Polizei NRW.
- 3) Ein Investitionspaket in die Polizeibehörden in NRW, um Ausrüstung und Weiterbildungen zu finanzieren.
- 4) Alle Voraussetzungen für den Einsatz von Bodycams zu schaffen.